

# Rheinberger Zeitung

Ämliches Veröffentlichungsblatt der Stadt Rheinsberg.

**Bezugs-Preis**  
in unserer Geschäftsstelle sowie bei den Abholstellen und beim Bezuge durch die Post 0,90 Mark. Durch den Briefträger oder durch Boten frei ins Haus gebracht 1,00 Mark.

Für die Schriftleitung  
verantwortlich  
Carl Furmann



Druck und Verlag  
C. Furmanns Buchdruckerei  
Rheinsberg

**Anzeigen**  
für dieses Dienstag, Donnerstag und Sonnabend erscheinende Blatt werden mit 0,30 Mark für die 5 gezeichneten Zeilen oder deren Raum berechnet und bis donnerstags 11 Uhr vor jedem Erscheinungstage erbeten

Nr. 64

Feinsprecher

Sonnabend, den 2. Juni 1928.

Nummer 37

34. Jahrgang

Berlin, den 1. Juni 1928.

## Chronik des Tages.

Reichspräsident v. Hindenburg empfiel den Reichspräsidenten abzuweichen von der bisherigen Haltung über die durch den Wahlaustritt geschaffene politische Lage.  
Am heutigen Freitag soll der italienisch-österreichische Neutralitätsvertrag im Wortlaut veröffentlicht werden.  
Die französische Kammer trat am Freitag zu ihrer ersten Sitzung nach den Wahlen zusammen.  
Der megalomane Generalfeldmarschall General Moresco, ist verhaftet und in das Polizeigefängnis übergeführt worden.  
Anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Telefunken-Gesellschaft fand in dem ehemaligen Herrenhaus in Berlin ein Festakt statt.  
In einer Dampfboilerfabrik in Rudow ist ein Verstoß infolge unvorsichtiger Handhabung explodiert. Dabei wurden 18 Arbeiter lebensgefährlich verletzt.  
Bei einem Festliegen wurden nahe Hirtsburg (Vmeita) drei Freizeitsportler vom Berg gerissen.

## Löbe bei Hindenburg.

Die offiziellen Verhandlungen über die Neubildung der Reichsregierung kommen langsam in Fluss. Am Donnerstag empfing Reichspräsident von Hindenburg den bisherigen Präsidenten des Reichstags Böbe und hatte mit ihm eine längere Unterredung. Der Empfang des Reichstagspräsidenten durch den Reichspräsidenten entspricht den parlamentarischen Gepflogenheiten und gilt in erster Linie der Frage, zu welchem Zeitpunkt der neuorganisierte Reichstag einzuberufen ist. Neben diesen mehr technischen Dingen wurde natürlich auch die durch den Wahlausfall geschaffene politische Lage erörtert.

Sichtlich der Neubildung der Reichsregierung bedeutet der Empfang Böbes durch Hindenburg eine erste Fühlungsnahme. Weitere offizielle Schritte sind zunächst nicht zu erwarten. Ein Empfang der Fraktionsführer durch den Reichspräsidenten ist erst im Anschluss an den Eintritt der Regierung in Aussicht genommen, ebenso die Beauftragung eines Politikleiters mit der Bildung eines neuen Reichskabinetts. In parlamentarischen Kreisen hofft man, daß bis zum Zusammentritt des Reichstags eine grundsätzliche Klärung eingetreten ist, so daß dann die Regierungsbildung rasch vor sich gehen kann.

Zunächst haben die Fraktionen das Wort. Als erste Partei debatierte das Zentrum über den Wahlausfall und die daraus zu ziehenden Folgerungen. Der Reichsparteivorstand des Zentrums hielt am Donnerstag in Berlin eine vertrauliche Sitzung ab, der am Freitag gemeinsame Besprechungen des Reichsparteivorstandes, der Vorstände der bisherigen Fraktionen im Reichstag und im Preussischen Landtag sowie der Vorsitzenden der Landesverbände und der Generalsekretäre folgten. Ueber das Ergebnis der Zentrumsberatungen in Berlin liegen noch keine Mitteilungen vor, doch ist anzunehmen, daß die Parteiführer sich nicht nur mit der noch unklaren politischen Lage beschäftigen, sondern auch organisatorische Angelegenheiten behandeln.

Wesentlich dürften sich die bevorstehenden Tagungen der Parteivorstände der Demokraten und der Deutschen Volkspartei gestalten. In politischen Kreisen sieht man diesen Besprechungen auch noch inwieweit mit Interesse entgegen, als in den letzten Tagen in der Presse vielfach von Bestrebungen auf eine engere Fühlungnahme zwischen beiden Fraktionen die Rede gewesen ist. So legt sich z. B. die der Volkspartei nahe liegende „kölnische Zeitung“ dafür ein, einen Parteitag des Gesamtliberalismus einzuberufen, der über die Einigung und die Zukunftsaufgaben des Liberalismus in der deutschen Republik beraten soll. Wovon handelt es sich bei allen diesen Erörterungen jedoch durchweg um Kombinationen, über deren Ausichten vor dem Zusammentritt der Fraktionen nichts gesagt werden kann.

Die stärkste Partei des Reichstags, die Sozialdemokratie, hat ihren Parteiausflug für den 6. Juni nach Köln einberufen. Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme eines Telegramms des Fraktionsvorsitzenden Hermann Müller über die politische Lage. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird es im sozialdemokratischen Parteiausflug ein heißes Ringen und wider den Eintritt in eine Koalitionsregierung geben. Die führenden Köpfe der Sozialdemokratie sind der Meinung, das Vertrauen der neun Millionen sozialdemokratischer Wähler bedeuete einen direkten Auftrag, etwas zu tun, und müsse deshalb durch praktische Arbeit, d. h. durch den Eintritt in die Regierung gerechtfertigt und wachgehalten werden. Die Führer des radikalen Flügels geben dagegen dem Wahlausfall eine direkt entgegengesetzte Auslegung. Sie verweisen darauf, daß die neuen Wähler in der Opposition gewonnen sind, ihr Wille könne also nur dahin gehen, daß die Sozialdemokraten den Kampf gegen die rechts von ihr stehenden Parteien fortsetzen soll.

Ueber die Personalliste des neuen Reichstags ist nach wie vor ein Rätselraten im Gange. Die Kandidatur des preussischen Ministerpräsidenten Braun ist in den Hintergrund getreten, statt dessen nennt man jetzt die Namen Hermann Müller und Seeverling. Außerdem wird auch die Frage aufgeworfen, ob es anginge, bei der neuen Reichsregierung der Sozialdemokratie zu entsagen, weil dann das Amt des Reichstagspräsidenten, des preussischen Ministerpräsidenten und das Präsidium des Reichstags und des Preussischen Landtags in sozialdemokratischen Händen läge. Als Ausweg wird ein Zentrumskandidat empfohlen, wobei die Kreise, die diese Gedankenführung vertreten, an die Ernennung Dr. Wirths zum Reichstagspräsidenten denken. Ein näheres Eingehen auf diese Vorschläge — denn darum handelt es sich — erübrigt sich heute.

Wie verlautet, soll der Preussische Landtag noch vor dem Reichstag zusammentreten, nämlich am 8. Juni. Ob das möglich sein wird, hängt davon ab, ob die amtlichen Feststellungen über das Wahlergebnis bis dahin abgeschlossen sind. Im allgemeinen herrscht die Meinung vor, daß die jetzige, von Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum gebildete preussische Regierung unverändert im Amt bleibt. Die Weimarer Koalition, der bisher einige Stimmen zur Mehrheit fehlte, hat bei den Wahlen beinahe einige Mandate gewonnen und damit die Mehrheit erlangt. Ministerpräsident Braun sieht darin eine Vertrauensstärkung für seine bisherige Politik und eine Aufforderung, die Weimarer Koalition in Preußen fortzusetzen. Möglich, daß im Zusammenhang mit der Regierungsbildung im Reich auch in Preußen eine Erweiterung der Regierung durch Aufnahme der Deutschen Volkspartei erfolgt, doch kann Sicheres über diese Entwicklung gegenwärtig noch nicht gesagt werden.

## Südslawien in Gärung.

Streifenkämpfe in Belgrad. — Demonstrationen erschienenen Vorkämpfer! — Kundgebungen gegen Italien und die Nettuno-Verträge.

Aus Südslawien werden immer neue Kundgebungen gegen die Bestätigung der italienisch-südslawischen Nettuno-Verträge berichtet. Die Bewegung erstreckt sich auf das ganze Land und erzeugt in der Hauptstadt Belgrad eine beratige Siedehitze, daß es zu Barrikadenkämpfen kam. Ueber den Verlauf der Kundgebung in Belgrad werden folgende Einzelheiten berichtet:

Auf der Hauptstraße in Belgrad sammelte sich in den Abendstunden eine größere Volksmenge, die gegen die Nettuno-Verträge demonstrierte. Da Zwischenfälle drohten, wurden Gendarmerieabteilungen kommandiert, die die Menge in das Café „Russischer Jar“ drängte. Die Demonstranten richteten darauf das Votum zur Verteidigung ein und eröffneten mit dem Mobilartillerie Bombardement auf die Polizei. In wenigen Minuten waren Fensterbänke zertrümmert und das Lokal völlig zerstört. Die Gendarmerie Versammlungen herbei. Die Demonstranten besetzten die Allee, um auf der Hauptstraße Barrikaden zu errichten. Korrespondenzbüros zufolge, erstürmte man die Gendarmerie einen

reggetrechten Sturm mit Gewehrfeuer, der von bereiteten Polizeieinheiten und durch die Einsetzung der Feuerwehre unterdrückt wurde. Nach harten Kämpfen wurde die Menge in die Flucht geschlagen. Die Zahl der Toten und Verwundeten ist noch nicht bekannt. Die Verletzten älteren Alters schleppten nach Hause und liegen sich dort die Wunden verbänden, um nicht ein Krankenhaus aufsuchen zu müssen. 60 Personen sind verhaftet worden; 12 davon waren Studenten. Nach einer Mitteilung der Belgrader Polizeipräsektur sollen sich unter den Demonstranten auch zahlreiche Kommunisten befinden haben, ferner verantwortliche Elemente, denen es gar nicht um eine Kundgebung gegen Italien zu tun war. Der in dem Lokal „Russischer Jar“ angerichtete Schaden wird auf 200 000 Dinar geschätzt.

Wie noch ergänzend berichtet wird, hatte die Gendarmerie strenge Weisung, von der Schußwaffe keinen Gebrauch zu machen. Nach einer von dem Belgrader Polizeipräsektur veröffentlichten Darstellung soll die Volksmenge das Feuer eröffnet haben. Teilnehmer der Demonstration betreiten jedoch, daß die Bevölkerung Waffen geführt hat; sie erklären, wenn von Demonstranten gefeuert worden sei, könne es sich nur um vereinzelte Fälle handeln.

## Die Ursachen der Spannung.

England die treibende Kraft für die Aufzählung der Nettuno-Verträge? — Auswirkungen der Balkanpolitik Mussolinis.

Das bedrohliche Aufkommen der Volksempörung gegen Italien hat keinen äußeren Grund in der Neueröffnung des Kampfes um die Bestätigung der

Nettuno-Verträge, seinen inneren in der Balkanpolitik Mussolinis. Die Nettuno-Verträge setzen sich in der Hauptsache aus einem Handels- und Schiffahrtsvertrag, sowie aus einem Konjunktur-Abkommen zusammen. Für Italien entfallen die Vorteile manche Vergünstigungen, die an sich zwar gegenseitig sind, nach Lage der Dinge aber nur Italien zugute kommen. Dagegen lehnt sich das südslawische Volk auf, und so hat es denn schon einmal, im Juli 1926 die Bestätigung der Verträge durch Demonstrationen und Unruhen verhindert.

Wenn Mussolinis die Verträge trotzdem noch einmal im Parlament eingebracht hat, so liegt das daran, daß die englische Finanz die Bewilligung von Südslawien nachgekauften Anleihe von einer Besserung der Beziehungen Südslawiens zu Italien abhängig gemacht hat. Heute kann diese Anleihe abgelehnt werden. Zu erwarten war dieser Ausgang bereits als Mussolinis den italienisch-südslawischen Neutralitätsvertrag unter Dach und Fach brachte und neue Anstrengungen unternahm, um Griechenland für Italien zu gewinnen. In Südslawien sah man darin neue Schritte zur Einreichung Belgrads.

Die weitere Entwicklung der Dinge hängt von den Protestnoten ab, die Rom in Belgrad überreichen ließ. Wenn es gelingt, daß Italien „materielle und moralische Reparationen“ fordert, steht die Angelegenheit nicht am besten. Was versteht man in Rom unter „moralischen Reparationen“? Etwas Genugtuungen, die in Südslawien eine neue Volksbewegung auslösen müssen? Zusammenfassend ergibt sich, daß der Balkan heute wie vor dem Kriege voller Gefahren für den europäischen Frieden ist. Im Hintergrund des italienisch-südslawischen Konflikts steht natürlich der französisch-italienische Gegensatz, der dem Konflikt erst seine Schärfe gibt.

## Das Deutschtum in Polen.

Anklagerede des Vorsitzenden der deutschen Fraktion im Polnischen Landtag. — Die Endentscheidungsposition der polnischen Behörden.

Bei der Gausratsberatung im Polnischen Landtag hielt der Vorsitzende der deutschen Fraktion, Abgeordneter Hermann eine scharfe Anklagerede gegen die Endentscheidungsposition der polnischen Behörden. Er erklärte, als die jetzige Regierung aus Bänder gekommen sei, habe man eine neue Vera in der Nationalitätenpolitik angeündigt, leider seien alle Versprechungen unerfüllt geblieben. Obgleich immer die starke Hand des Marschalls Pilsudski Bestand leisten konnte, habe sich kein Minister mehr von demokratischen Strömungen trennen lassen als Zimmerrichter Bartel. Naumann brachte dann eine

endlose Liste der Leiden der Deutschen im polnischen Staat zum Vortrag.

Die Durchführung der Agrarreform habe dazu geführt, daß Hunderttausende von zehrer und zwanzigtausend Hektar Größe, die sich in polnischen Händen befinden, von der Pflanzkultur verschont blieben, während gleichzeitig die kleinsten Besitzungen deutschstämmiger Bürger bis auf die gesetzliche Mindestgröße gewissermaßen wurden.

Entgegen Sinn und Ziel der Minderheitenenschutzverträge drohe dem Deutschtum in Polen eine weitere Verkleinerung des Lebensraumes. Es genüge bereits das Auffinden einer alten deutschen Agrarreform, um einen Fall von Tabakschmuggel daraus zu machen und den Grundbesitz fortzuschleppen.

Vertretungen dunklerer Elemente und Verschärfung aller Art genügen heute bereits, um die Verdrängung aller der schwarzen Mite zu sehen. Die systematische Vernichtung der deutschen Schulen zeige sich darin, daß heute in Polen und Pommern mehr als 15 000 deutsche Kinder polnische Schulen besuchen müßten.

## Der Schulterror in Ostoberschlesien.

Auffständische erschweren die Anmeldeung von Kindern zu deutschen Schulen.

Die deutschen Zeitungen Ostoberschlesiens berichten über neue Fälle polnischer Schulterror. Danach standen bei den Anmeldeungen für deutsche Minderheitenschulen in mehreren Orten auffällige Anwesenheit von Schulhof und vor der Tür des Anmeldebüros, derer machten bei jedem Erziehungsbesuch, dass das Anmeldebüro betret, Vermerte in eine Liste. Es wird der Verhängung Ausdruck gegeben, daß diese Listen Unterlagen für nachträgliche Terrorisierung stielidischer Oberlehrer sein sollen.

Einschüchterung sei auch festgestellt worden, daß viele Erziehungsbesuche von Gemeindevorsteher persönlich geleitet wurden, von dem sie bis zu 50 Pfund erhielten, falls sie verweigerten, ihre Kinder nicht in die Minderheitenschule zu schicken. Eine Vermeidung sämtlicher Einschüchterungsmethoden ist unmöglich.